

Rheinische Nachrichten

Braubacher Zeitung — Anzeiger für Stadt und Land

Mittagszeitung im Kreise St. Goarshausen.

Erst erscheint täglich

mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Printzrate pro 6 Spaltenzeile oder deren Raum 40 Pf.

Reklamenzeile 1.— Mt.

Amtsblatt der

Verantwortlicher Redakteur: A. L. e. m. b.

Geschäftsstelle: Friedrichstraße Nr. 13

Redaktionschluss 10 Uhr vormittags.

Telefon Nr. 30.



Stadt Braubach.

Druck und Verlag der Buchdruckerei von A. L. e. m. b. in Braubach.

Postcheckkonto Nr. 7639 Frankfurt/Main.

Bankkonto: Nassauische Landesbank.

Bezugspreis

monatlich 3.— Mark,

durch die Post bezogen vierteljährlich 9.— Mark,

von denselben frei ins Haus geliefert 9,45 M.

Nr 82

Braubach a. Rhein, Donnerstags, den 8. April 1920.

30. Jahrgang.

Deutsch-amerikanisches Zusammenarbeiten.

(Von unserm volkswirtschaftlichen Mitarbeiter.)

Die Umschlüßungen, die der Krieg in der Weltwirtschaft hervorgerufen hat, sind bei weitem noch nicht zu Ende. Das zeigt jeder Monat aufs neue und, wie die künftige Weltwirtschaftslage sich wirklich gestalten wird, das wird man vielleicht in Jahrzehnten übersehen. Vorläufig sieht man lediglich das eine, daß selbst als nahezu fertig angelegene Ergebnisse sich wieder zerrinnen. Mit besonderer Deutlichkeit zeigt dies eine vor wenigen Tagen bekannt gewordene Tatsache: die Verhandlungen der Hamburg—Amerika-Linie mit dem amerikanischen Schiffsamt. Wenn der Engländer zu Beginn des Krieges ein Ergebnis festzulegen schien, so war es zweifellos das Verschwinden des einzigen ernsthaften Wettbewerbers in der Weltschiffahrt, Deutschland. Nun, die deutsche Flagge ist ja für den Augenblick ziemlich völlig von den Weltmeeren verschwunden, daß aber damit der Wettbewerb gegen die englische Schiffahrt kleiner geworden sei, wird kein Mensch behaupten können. Schon während des Krieges rechte sich die japanische und die amerikanische Schiffahrt immer drohender über den englischen auf. Gegen die japanische Schiffahrt hätte nicht viel zu machen sein, um so mehr, als sie den Konflikt billigerer Löhne hat; für die Personenbeförderung aber mag man in England sich vielleicht vom Rassenhaß des Europäers einiges versprechen — ob mit Recht, läßt sich dahingestellt sein. Für die weitere Entwicklung der Schiffahrt unter der aufgehenden Sonne aber ist die Kapitalismus-Japan ein großes Hindernis: Nur die außergewöhnlichen Verhältnisse der Kriegszeit konnten hier überhaupt die Vermehrung von Bedeutung ermöglichen.

Ganz anders sieht es natürlich mit der Union aus. An Kapital ist dort kein Mangel und auch dafür läßt sich kein irgendwie stichhaltiger Grund anführen, daß der Personen- und Güterverkehr die Schiffe mit dem Sternendanner meiden läßt. Aber vielleicht mag man sich in England mit dem Gedanken einermöglichen getrübt haben, daß Amerika zwar Schiffe, Geld und Güter, aber nicht die notwendige Erziehung habe, daß ihm vor allem die Ansätze an den Komplexen des Auslandes fehlten, die erst einen gedeihlichen Reedereibetrieb ermöglichen. Daß sich beides im Laufe der Jahre schaffen läßt, ist selbstverständlich, aber gerade die Verhältnisse der Übergangszeit, in der wir uns jetzt befinden, werden nach mancher Richtung hin auch für die weitere Zukunft von hoher Bedeutung sein. Da bedeutet nun das Zusammengehen der Hapag, vor dem Kriege der größten Linienreederei der Welt, mit dem amerikanischen Schiffsamt einen Gegenschritt, den man als geradezu genial bezeichnen muß. Gibt Amerika Schiffe und Geld, vielleicht auch einen Teil der Mannschaften — genügend ausgebildete Seeleute, vor allem Seemannsleute sind in der Welt nicht vorhanden — so gibt die Hapag den Rest der notwendigen Anstellungen, vor allem aber ihre jahrzehntelangen alten Kenntnisse und Einrichtungen. Das könnte und

wird hoffentlich eine Meeresflotte geben, die sogar den Herren in London und Liverpool einiges zu raten geben wird. Und wenn wir Deutschen dabei auch vorläufig lediglich „Junior-Partners“ mit vorläufig recht geringer Einlage sind, so ist es doch wieder ein recht erfreulicher Anfang. Ob das Beispiel der Hapag von anderen Firmen und Geschäftszweigen nachgeahmt werden wird, muß die Zukunft lehren. Es gibt nicht wenige Volkswirte in Deutschland, die behaupten, daß wenige Länder sich wirtschaftlich so vorzüglich ergänzen wie Deutschland und die Union und daß ein Zusammenwirken mit diesem Lande für uns der sicherste, wo nicht der einzige Weg zu einem gedeihlichen Wiederaufbau sei. Das letztere dürfte ja nun etwas übertrieben sein. Andererseits aber ist nicht zu leugnen, daß in einer ganzen Reihe von Fällen Deutschland und die Union sich in ungewöhnlich guter Weise ergänzen. Und wenn man diese Ergänzungen jetzt zum Wiederaufbau des deutschen Erwerbslebens benutzen könnte, so wäre dies natürlich ein großer Vorteil.

Übrigens keineswegs nur für Deutschland. Denn besonders die amerikanischen Rohstoffgewerbe leiden unter einer bedenklichen Ausfuhrstocung, zum Teil infolge der Überwertigkeit des Dollar fast allen anderen Währungen gegenüber. Es ist manchmal mehr als bemerkenswert, mit was für Mitteln man deshalb von drüben her auf die Abnahme einzuwirkt sucht. Besonders deutlich kann man dies in der letzten Zeit wieder einmal am Kupfermarkt beobachten, wo die Absatzstocung sehr bedenklich ist und auch die Kursbewegung in der letzten Zeit nach unten ging. Daß man in tiefgründigen wissenschaftlichen Untersuchungen nachzusehen strebt, wie bald die Kupfervorräte der Erde erschöpft sein würden, ist nach dieser Richtung noch weniger bedeutungsvoll; es soll deshalb auf die schwachen Punkte der Beweisführung hier auch nicht eingegangen werden. Wenn aber Herr Ryan, der Vorsitzende der amerikanischen Ausfuhrvereinigung für Kupfer längst den Kupferbedarf der Welt im nächsten Jahre auf (ausgerechnet) 970 000 000 Pfund beziffert, das sind ungefähr 1,3 Millionen Tonnen gegenüber schätzungsweise 0,8 Millionen augenblicklicher Jahreserzeugung, so berührt das beinahe komisch, wenn man weiß, wie voll die amerikanischen Kupferlager mit unverkauften Vorräten liegen. Ähnliche Angaben werden ja wohlweislich nicht veröffentlicht, aber nach zuverlässigen Schätzungen dürften sie nicht allzuweit hinter einer Jahreserzeugung zurückbleiben. Ob der europäische Bedarf unter diesen Umständen auf die herrliche spanische Malmadonnenrechnung hereinfallen wird? *Leonhard Hagebach*

Vollsabstimmungen.

Vollentscheid und Volksbegehren.

Die neue Reichsverfassung sieht für zwei scharf umrissene Kategorien die Mitwirkung des Volkes bei der Gesetzgebung

durch Vollsabstimmung vor. Diese Fälle werden in einem Gesetzentwurf, der sodien der Nationalversammlung zugegangen ist, näher umschrieben. Der Vollsentscheid, d. h. eine Abstimmung der gesamten Wählerschaft über eine formulierte Frage — diese Einrichtung entspricht dem Referendum demokratischer Verfassungen des Auslandes — soll stattfinden

1. wenn festzustellen ist, ob die Bevölkerung eines Gebietsänderung oder Neubildung von Ländern will (Artikel 18 Abs. 4 Satz 1 der Reichsverfassung).
2. wenn ein Drittel der Stimmberechtigten eines Gebiets seine Abtrennung von einem Lande verlangt hat (Artikel 18 Abs. 4 Satz 2 der Reichsverfassung).
3. wenn der Reichstag mit Zweidrittelmehrheit die Absetzung des Reichspräsidenten beantragt hat (Artikel 43 Abs. 2 der Reichsverfassung).
4. wenn der Reichspräsident den Vollsentscheid über ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz binnen einem Monat nach der Beschlußfassung anordnet (Artikel 73 Abs. 1 der Reichsverfassung).
5. wenn ein Drittel des Reichstags verlangt hat, daß die Verfassung eines Reichsteiles um zwei Monate ausgesetzt werde, und ein Fünftel der Stimmberechtigten den Vollsentscheid beantragt hat (Artikel 71 und 73 Abs. 2 der Reichsverfassung).
6. wenn ein Sechstel der Stimmberechtigten die Vorlegung eines Gesetzentwurfs begehrt hat (Artikel 73 Abs. 3 der Reichsverfassung).
7. wenn der Reichspräsident bei Meinungsverschiedenheit zwischen Reichstag und Reichsrat über ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz den Vollsentscheid darüber anordnet (Artikel 74 Abs. 3 der Reichsverfassung).
8. wenn der Reichstag entgegen dem Einspruch des Reichsrats eine Verfassungsänderung beschloß und der Reichsrat binnen zwei Wochen den Vollsentscheid verlangt hat (Artikel 76 Abs. 2 der Reichsverfassung).

Während der Vollsentscheid im allgemeinen in seiner bisherigen Anwendung in anderen Ländern dazu diente, das Volk als Verfassungs- oder Befähigungsinstrument bei Entscheidungen von großer politischer oder wirtschaftlicher Tragweite anzurufen, soll die zweite Kategorie der Vollsabstimmungen politische oder wirtschaftliche Bewegungen politisch wirksam werden lassen, die möglicherweise überhaupt keine oder nur eine unzureichende parlamentarische Vertretung aufweisen. Ein Volksbegehren ist vorgesehen: 1. zugunsten des Antrages auf Vollsentscheid über ein Gesetz, dessen Verhängung auf Antrag von mindestens einem Drittel des Reichstags ausgesetzt ist (Artikel 73 Abs. 2 der Reichsverfassung), 2. zugunsten eines ausgearbeiteten Gesetzentwurfs, den die Regierung dem Reichstag unterbreiten soll (Artikel 73 Abs. 3 der Reichsverfassung), 3. zugunsten der Verhängung auf Abtrennung eines Gebiets von einem Lande (Art. 18 Abs. 4 Satz 2 der Reichsverfassung).

Zwei Frauen.

Roman von G. Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

Sollte Norbert nach Deutschland zurückgekehrt sein und mit seinen Verwandten wieder ausgehört haben? Was sollte er in D... wenn er nicht die Absicht gehabt hat, auch nach Falkenau zu gehen? Und wie kam es, daß er ihr fast dreihundert Mark fünfzehnhundert Schicksel? Hatten sie keine Verhältnisse etwa so bedeutend gebessert? Am Ende war er gar geerdigt?

Lena grübelte angeregt, ohne jedoch zu ergründen, was ihr Wissenwert erziehen. Sie sah und starrte auf den Postkasten vor ihr, bis endlich ihre Wirtin eintrat und sie fragte, ob sie das Geschirr abräumen könne, oder ob Lena noch etwas wünschte. Lena sprang auf und redete mittelgroße, etwas äppige Gestalt. „Danke, ich werde mich nachher zu Tisch geben. Hier, Verehrteste, ziehen Sie ab, was Sie zu bekommen haben und geben Sie das dem Wirtin, wenn Sie kommt. Sie soll aber keine Nachthemden nicht wieder so miserabel häßlich, sonst schmeißt sie meine Wäsche nicht mehr in die Hände. Wenn noch etwas an der Rechnung fehlt, legen Sie dies bitte aus. Ich muß erst wechseln und gebe es Ihnen dann heute abend.“

Damit hob sie der Wirtin einen Hundertmarkschein zu und bog die übrigen recht umständlich in ihrer Geldtasche. Lena beobachtete sie mit scharfen Augen entdeckt, daß es noch zwei Schilling waren, und war eitel Freundlichkeit und Bereitwilligkeit.

Als sie verschwunden war, zog ihr Lena eine Grimasse nach. „Frau Wibel verspricht, alles zum Besten zu besorgen. Ich rechne sie sich aus, was sie dabei verdienen konnte, dann murmelt sie vor sich hin: „Sie muß eine neue Geldquelle haben. So äppig ist sie doch nicht.“

„Lena aber lag in rosenfarbenen Träumen auf dem Divan.

Und als sie spät abends zur Ruhe ging, hatte sie sich einen neuen kleinen Schwips zugelegt.

Seit Wochen weilt Norbert nun in Falkenau. Fast täglich kam er mit Annelies zusammen, und täglich empfand er den Reiz ihrer Persönlichkeit stärker. Er war zu ehrlich gegen sich selbst, um sich nicht einzugesehen, daß das, was er für Annelies empfand, durchaus keine weltliche und freundschaftlichen Gefühle waren, sondern eine tiefe, starke Liebe. Es war eine andere Liebe als die, welche er einst für Lena empfand, sie war ruhiger, tiefer und wurzelte in seinem innersten Wesen, wie etwas, das schon immer in ihm gewesen war, und das ihm jetzt zum Bewußtsein kam. Aber so sehr ihn auch diese Liebe, die ihn mit neuer Leidenschaft durchdrang, beglückte, so hoch sie ihn auch emporhob über den Staub des Alltags — er mußte sich doch als Ehrenmann sagen, daß er keine Verehrung hatte, dieser Liebe Ausdruck zu geben, so lange er nicht frei war.

Und so heiß ihn die Freude durchdrang, als er merkte und fühlte, daß er auch Annelies sehr teuer war, und daß sie für ihn nicht minder warm zu empfinden schien, als er für sie empfand, so heiß stieg auch die Angst und Sorge um sie in seinem Innern empor.

Wie furchtbar mußte es auf sie einwirken, wenn sie erfuhr, daß er verheiratet war! Ihr ehrliches, lautes Wesen konnte keine Verstellung und im unbedingten Vertrauen sah sie sich ihm gegenüber ohne Falch. Sie war keine Klotze, die mit Gefühlen spielte, aber sie verlor auch die reinen Gefühle ihres Herzens nicht in pruder Scham.

Annelies merkte mit dankbarer Winkelzahn nur zu gut, daß Norbert ihre Reizung erwiderte. Trotzdem er sich in der Gewalt hatte, sah sie, wie seine Augen aufstrahlten, wenn er sie erblickte, wie seine Blicke an ihr hingen in selbstvergessener Innigkeit, und wie er ihre Nähe suchte und tausend Bismarck fand, mit ihr zusammen zu sein. Annelies ahnte ja nicht, daß er gebunden war an eine andere. Sie glaubte, jene Verirrung zu einer Frau, die ihn unalldlich ge-

macht hatte, sei abgetan. Daß er je verheiratet gewesen war, kam ihr nicht in den Sinn. Seinen Trauring trug Norbert schon nicht mehr, seit er sich von Lena getrennt hatte, um nicht an sie erinnert zu werden.

Norbert sehnte sich unjagbar nach Freiheit. Er wollte, sobald er nur erst einmal einen ruhigen Tag hatte, in die Stadt fahren und Doktor Bruckner aufsuchen. Wenn dieser draußen in Falkenau war, konnte er nicht mit ihm über seine Ehe sprechen. Meistens war Annelies oder Kollermann mit zugegen, wenn er mit ihm zu verhandeln hatte.

Endlich konnte sich Norbert einen Tag freimachen. Er suchte Doktor Bruckner in seinem Bureau auf und bat ihn um eine ungeführte Unterredung.

Nachdem er sich Bruckners Diskretion versichert hatte, enthüllte er diesem langjährigen vertrauten Geschäftsführer seines Oheims rückhaltlos seine ganze Ehegeschichte.

Bruckner war durchaus nicht sehr erstaunt. Er hatte, gelegentlich seiner Nachforschungen nach Norbert, in Erfahrung gebracht, daß dieser sich an einigen Orten im ersten Jahre seines Verschwindens immer mit der Schauspielerin Lena Meier aufgehalten hatte. Es wäre ihm ein Leichtes gewesen, auch zu erfahren, daß Norbert verheiratet war, aber das interessierte ihn damals nicht.

Was er von Norbert hörte, deckte sich mit dem, was er von Donatus Falkenau über Norbert gehört hatte.

Norbert sagte ihm nun mit dringender Festigkeit, daß er sich jetzt um jeden Preis so schnell wie möglich von seiner Frau scheiden lassen wollte, und bat ihn, seinen ganzen Scharfsinn anzustrengen, um ihn von der drückenden Fessel zu befreien.

Warum Norbert jetzt nach Jahren plötzlich so sehr nach einer Scheidung verlangte, sagte er Bruckner nicht. Aber dieser war ein feiner Menschenkenner, und er hatte Gelegenheit gehabt, Norbert und Annelies im Verkehr zu beobachten. Er machte sich seinen Vers darauf, behielt aber als kluger Mann seine Gedanken für sich.

Fortsetzung folgt.

Seine Zeitung für eilige Leser.

- Es verlautet nunmehr mit Bestimmtheit, daß die Reichstagswahlen am 6. Juni stattfinden sollen.
- Der Reichsminister des Innern hat die Landesregierungen um Anweisung an die Gemeindegewerkschaften gebeten, alle Vorkehrungen für sofortige Aufstellung der Wählerlisten zu treffen, so daß die Wählerlisten bis Ende Mai fertiggestellt sind.
- Französische Truppen haben Frankfurt und Darmstadt wieder eingenommen.
- Das Wiederbauministerium ist dem bisherigen Sandkass der Handelskammer in Düsseldorf, Dr. Brandt, angehängt worden, der sich auch zur Annahme der Stelle bereit erklärt haben soll.
- In Dänemark kam es zu einer Einigung zwischen dem König und den Parteien; der Generalstreik wurde abgelehnt.
- In Irland sind einzelne schwere Unruhen ausgebrochen.

Der französische Vormarsch.

Frankfurt a. M., 6. April. Bei dem heute früh erfolgten Einmarsch der Franzosen in Frankfurt a. M., Darmstadt und Hanau wurden zum großen Teil farbige Truppen verwendet. Zwischenfälle ereigneten sich nicht.

Ein neuer harter Schlag für den Friedenswillen des deutschen Volkes, für unsere Regierung, die gewiß bei allen ihren Maßnahmen nach innen wie nach außen sich in erster Reihe von der Rücksicht auf die Verpflichtungen des Friedensvertrages leiten ließ. Wenn man ihr schon feindselige Absichten gegen andere Völker zutraut, wie muß erst diejenige deutsche Regierung beschaffen sein, die vor solchem Verdacht geschützt wäre! Es wird jetzt gewiß wieder nicht an innerpolitischen Kritikern fehlen, die dem Reichskanzler mit dem Reichspräsidenten Vorhaltungen darüber zu machen wissen, was sie hätten tun oder unterlassen müssen, um dieses neue schwere Unheil von Deutschland abzuwenden.

Deutsche Proteste.

Dem Vernehmen nach wird die Reichsregierung energischen Protest gegen den Vormarsch der Franzosen bei dem Obersten Rat erheben und nochmals ausführlich und eindringlich alle die Gründe darlegen, die zum Einmarsch der Reichswehr in die neutrale Zone zwingen. Sie wird darauf hinweisen, daß die Kohlenlieferungen gemäß dem Friedensvertrage, an denen doch Frankreich in erster Linie interessiert ist, unmöglich seien, wenn nicht die Ordnung hergestellt würde, daß die Zahl der einmarschierenden Truppen noch nicht die nach dem August-Abkommen zugestandene Höchstzahl erreicht hat und daß eine Erfüllung des Friedensvertrages überhaupt unmöglich wird, wenn durch Frankreich die Quellen der Weidraufklärung, die vor allem im Ruhrgebiet liegen, verschüttet werden. — Ein Aufruf des hessischen Staatspräsidenten und des Oberbürgermeisters an die Bevölkerung von Darmstadt sagt, daß sofort Einspruch gegen die französische Maßnahme erfolgt sei. Die Bevölkerung solle Ruhe bewahren und ihren Geschäften nachgehen. Je größer die Ruhe, desto sicherer der alsbaldige Abzug der fremden Truppen. Nach den erfolgten Zusicherungen bleibt Regierung, Behörden und Beamte unbeeinträchtigt in ihrer Tätigkeit.

Befehung bis zum Abzug der Reichswehr.

Dienstag früh berief nach Pariser Meldungen Ministerpräsident Millerand den deutschen Geschäftsträger Dr. Mayer zu sich, machte ihm Mitteilung von der Befehung von Frankfurt a. M., Darmstadt und Hanau und überreichte ihm eine Note, in der es heißt, daß die Befehung der drei Städte durch die französischen Truppen wieder aufgehoben werde würde, sobald die deutschen Truppen aus der neutralen Zone wieder herausgezogen sein werden und der vertragmäßige Zustand wieder hergestellt sein wird. Dr. Mayer übermittelte die Note nach Berlin. Die Note betont, daß der französische Oberbefehlshaber auf Befehl der französischen Regierung — also nicht auf Befehl aller Alliierten — den Vormarsch angeordnet habe. Vor der Befehung hatte das französische Kabinett zwar nach London und Rom die Mitteilung gelangen lassen, daß es die Absicht habe, die drei genannten Städte zu besetzen, weil das Abkommen vom August 1919 angeblich verletzt worden sei und hatte um schleunige Antwort gebeten. Die Antworten der beiden alliierten Regierungen waren aber in Paris bis Dienstag morgen noch nicht eingetroffen. Der Befehl an Marschall Foch, vorzurücken, war schon am zweiten Overtage früh erteilt worden. Die Truppenbewegungen begannen darauf sofort.

General Degoutte an die deutsche Bevölkerung.

Der französische Oberkommandierende der Truppen richtet folgenden Aufruf an die deutsche Bevölkerung des neu besetzten Gebiets:

Die Berliner Regierung hat unter dem Druck der Militärpartei eine plötzliche Offensive der Reichswehr gegen die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes angeordnet. Damit hat sie eine der wesentlichsten und feierlichsten Bestimmungen des Friedensvertrages verletzt. Im Verlauf der bisherigen Verhandlungen war die französische Regierung immer bemüht, die deutsche Regierung von diesem Vorhaben, das mit einiger Vorsicht hätte vermieden werden können, abzubringen. Nichtsdestoweniger sind die Reichswehrtruppen in das Ruhrgebiet eingedrungen. Die französische Regierung hat sich gezwungen, ein Ultimatum zu verlangen, damit die Berliner Regierung ihren Verpflichtungen nachkommt. Deshalb habe ich den Befehl bekommen, die Städte Frankfurt, Darmstadt, Hanau, Darmstadt und Dieburg sofort zu besetzen. Es ist dies keine feindselige Handlung, sondern sie hat lediglich den Zweck, die Ausführung des Friedensvertrages zu sichern, und wird aufhören, sobald die neutrale Zone geräumt ist.

Inzwischen sind auch die Städte Offenburg und Homberg besetzt worden. In der besetzten Zone wurde der Besatzungszustand erklärt, ein Zeitungsbetrieb ausgeschrieben und Briefverkehr sowie Telegraphen- und Telephonverkehr eingeführt. Die Behörden arbeiten unter französischer Kontrolle.

Säuberung des Ruhrreviers.

Beendigung in 5 bis 6 Tagen.

Die Reichswehr hat im Ruhrrevier schnelle Arbeit gemacht und die hauptsächlichsten Städte schon fast in den Händen, darunter vor allen Dingen auch Dortmund. Der Kommunistenführer und Vorsitzende des radikalen Dortmund-Vollzugsrates, Reinberg, ist geflohen. Reichskommissar Georing, der das vollkommene Einvernehmen zwischen Zivil und Militär hervorhob, erklärt noch einen Zeitraum von 5 bis 6 Tagen für erforderlich, um die Säuberungsaktion durchzuführen. Andererseits wurde der

Bahnhof Wiede von roten Bänden gestürmt. Ebenso die Rechen „Admiral“ und „Goldsou“. In Dortmund selbst haben erhebliche Plünderungen stattgefunden. In Essen nehmen die Plünderungen ihren Fortgang. Die Konsumantität von Krupp ist ausgeraubt worden. Auch die ländliche Bevölkerung zwischen Essen—Veltheim—Mülheim leidet erheblich unter Plünderungen. Sehr ernst ist auch noch immer die Lage in der Stadt Mülheim, wenn sich auch das Gros der roten Bänden, das bisher dort gelegen hat, zu verlaufen beginnt. Der Abgeordnete Que hat ausdrücklich erklärt, daß eine Befriedung von Essen und Mülheim ohne Einsetzen des Militärs undurchführbar sei. Der Zentralrat soll aus Essen geflohen sein. Angeblick hat er sich nach Barmen begeben. Hier, wie überhaupt im Bergischen Land, so auch in Düsseldorf, herrscht im großen und ganzen Ruhe und Ordnung.

Ergebnis der Waffenabgabe.

Nach Meldungen des Generalkommandos Münster ist die bisherige Waffenabgabe noch eine recht kümmerliche. Es wurden in den verschiedenen Kreisen erst abgeliefert: Kreis Gelsenkirchen: 3 Maschinengewehre, 226 Gewehre, 68 Seltengewehre, 83 Handgranaten, 1857 Infanteriepatronen, 700 Maschinengewehrpatronen, 2 Kraftwagen, 1 Feldschrapnell. Stadt Gelsenkirchen: 5 Maschinengewehre, 1 Minenwerfer, 350 Gewehre und Munition, Stadt Lünen: 1 Minenwerfer, 122 Gewehrpatronen, 22 184 Infanteriepatronen, 2 Kisten Maschinengewehre. Kreis Hagen: 65 Gewehre, 2 schwere Maschinengewehre, 4000 Maschinengewehrpatronen, 1000 Infanteriepatronen, 20 Handgranaten, 1 Schrapnell. Stadt Hamm: 1264 Gewehre, 100 Revolver, 1 schweres Maschinengewehr, 8059 Schuß Munition, 3 Handgranaten, 3 Seltengewehre.

Plünderung der Stadt Essen.

In Essen herrschen direkt russische Zustände. Namentlich plündern die Böhlen die Konfektions-, Schuhwaren- und Lebensmittelgeschäfte. Der angegriffene Schaden beläuft sich bereits auf Hunderttausende. Vom Postdirektor wurden mit vorgehaltener Pistole 120 000 Mark erpreßt. Post und Telegraph sind in den Proteststreik getreten. Der nach Barmen geflüchtete Essener Zentralrat hat erklärt, daß er seine Truppen nicht mehr in der Hand habe. Die Zugänge von Mülheim nach Oberhausen und Duisburg sind von Nationalisten besetzt.

Die Reichsfinanzwirtschaft.

Minister Wirth über seine Ausgaben.

Der neue Reichsfinanzminister Dr. Wirth äußerte sich über seine Aufgabe als Reichsfinanzminister folgendermaßen: „Wir sind in der Steuererhebung noch nicht am Ende angelangt. Die Grundlagen für die Bedarfsberechnung haben sich seit dem Sommer wesentlich verschoben. Den in unserem Geldwesen und unserem Wirtschaftskörper erfolgten Umwertungen entsprechend muß die Besoldungsreform ganz andere Ausmaße annehmen. Neben der Lösung dieser dringenden Aufgabe erscheint als nächste die Durchführung der geschlossenen Steuern.“ Hier wandte sich Dr. Wirth namentlich gegen alle Verluste der Steuerabgabe, bei deren Bekämpfung er auf die tatkräftige Unterstützung der Beamten rechnet. Zu der wichtigen Frage unserer Anleihepolitik und unserer internationalen Kreditbeziehungen führte der Reichsfinanzminister unter anderem aus: „Die Steuerreform allein kann die großen Probleme nicht lösen. Es bedarf auch des Neuaufbaues unserer Anleihepolitik, um die schwebenden Schulden zu vermindern. Leicht wird diese Aufgabe nicht sein, insbesondere, weil die Konkurrenz zwischen öffentlichem und privatem Kreditbedarf stärker ist als je zuvor. Auf dem Gebiete der internationalen Kreditbewahrung liegen die Verhältnisse noch schwieriger. Die Hoffnung, die sich an die steigende Tendenz unserer Valuta knüpfte, ist durch den Kapp-putsch zerstört worden. Wir können nur hoffen, daß es bald gelingt, Ordnung und ruhige Weiterarbeit wiederherzustellen und zu sichern. Daraus ergibt sich dann doch vielleicht die Grundlage zur Anbahnung internationaler Finanzabkommen. Daß mit diesen die Einschließung Deutschlands durch die Valutanot durchbrochen wird, liegt auch im Interesse des Landes.“

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

• Die Reichsschulkonferenz soll nach dem Wunsch des Reichsministeriums des Innern noch vor den Reichstagswahlen zusammentreten. Es ist in Aussicht genommen, sie unmittelbar nach Schluß der Nationalversammlung, also voraussichtlich Anfang Mai, abzuhalten. Der genaue Zeitpunkt läßt sich zurzeit noch nicht bestimmen.

• Der Religionsunterricht in Sachsen. Das Reichsministerium des Innern hat auf Anfrage des sächsischen Kultusministeriums erklärt, die Reichsregierung würde sich zu einem Einfacheiten gemäß Artikel 13 der Reichsverfassung verhalten, wenn der Religionsunterricht an allen Schulen Sachsens für eine Übergangszeit völlig beseitigt werden würde, ohne daß auf Erziehungsberechtigende, die Religionsunterricht für ihre Kinder wünschen, Rücksicht genommen wird. Die sächsische Regierung hat daher angeordnet, daß der Religionsunterricht in den Volksschulen vorläufig weiter zu erteilen ist.

• Heimkehr aus Sibirien. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Kriegsfangene teilt mit, daß die ersten Gefangenen aus Sibirien auf dem Heimwege sind. 1014 deutsche Kriegsgefangene haben auf dem Dampfer „Scotland Run“ am 31. März 1920 Wladivostok verlassen. Die Kriegsgefangenen stammen aus den Lagern Perwoja Kleschtsa, Nikolsk, Krasnaja Kleschtsa und Krasnojarsk.

• Maßnahmen gegen Hölz. Die Lage in Bauen ist noch ungeklärt, die Anhängerzahl des Führers der Bänder, Hölz, beträgt etwa 500 Mann. Es sind, um die Zustände zu regeln, bereits Maßnahmen seitens der Regierung eingeleitet worden. Sie ist fest entschlossen anzugreifen, wenn es den Organisationen nicht gelingt, Ruhe und Ordnung zu schaffen und dem Räuberwesen ein Ende zu machen.

Deutsch-Ostreich.

• Der Wiederaufbau Ostreichs. In den Wiener Blättern äußert sich der von Wien scheidende französische Botschafter Allig über die Ziele der französischen Politik gegenüber Ostreich, das zu einem lebensfähigen unabhängigen Staat gemacht werden solle. Voraussetzung für den Wiederaufbau Ostreichs sei die Restituirung des St. Germainer Friedens, welche zum 1. Mai erfolgt sein dürfte. Allig teilte ferner mit, daß die französische Regierung Marschall Foch beauftragt habe, den Transport des gegenwärtig in Rotterdam lagernden österreichischen Wehres auf den Schienenwegen des linken Rheinufers zu ermöglichen.

• Vergiftete Kuchen für Bela Kun. Kürzlich gab ein junger Mann, anscheinend ein Ungar, in der Berliner Steinhof ein Paket mit Backwerk und Konditorwaren für Bela Kun ab. Mehrere Anwesende aßen von den Süßigkeiten und erkrankten bald darauf unter Erscheinungen von Nervenvergiftung. Ihr Zustand hat sich gebessert. Der Mann Bela Kun ist als Überbringer des Pakets verhaftet worden.

Großbritannien.

• Aufruhr in Irland. Über Ostern ist aus Anlaß des Jahrestages des irischen Aufstandes von 1916 in zahlreichen Regierungskämtern in Dublin, Cork und Belfast intensive Brandstiftung ausgebrochen, u. a. in acht Einkommensteuerämtern in Dublin, Cork und Belfast. Viele wichtige Dokumente wurden dadurch vernichtet. Belfast war außerdem infolge Verschneidens der Telegraphendrähte und des Abnehmens nach England isoliert. Es verlautet weiter, daß die Ausschreitungen in Irland auf Grund eines groß angelegten Planes vorgenommen worden sind. Bis jetzt sind 60 Polizeistationen, von denen die meisten unbefestigt waren, durch Sprengstoffe zerstört worden; 22 Einkommensteuerämter, davon fünf in Dublin, wurden überfallen und die Dokumente vernichtet.

Dänemark.

• Einigung und Abgabe des Generalstreiks. In einer Verapredung aller Parteiführer mit dem König wurde man darüber einig, daß es notwendig sei, Wahlen zu einem neuen Wahlgese abzuhalten, und daß der Generalstreik abgelehnt werde. Staatsminister Liebe erklärte die Anregung des Königs, daß er zurückzutreten wünsche. Der König hat nun dem Oberverwaltungsgerichtsdirektor Frisch die Bildung des neuen Kabinetts übertragen mit der Aufgabe, den Reichstag so bald wie möglich die Sitzungen wieder aufnehmen zu lassen und die Verhandlungen über das Wahlgese zu Ende zu führen. Alle Parteiführer versprachen ihr Zusammenwirken mit dem neuen auf dieser Grundlage gebildeten Kabinett. Der Generalstreik wurde abgelehnt.

Russ In- und Ausland.

• Paris. Die Blätter melden, daß von den 190 000 Reichsmark, die für die Abzahlung der russischen Schulden im Departement Sommer 1919 bereits wieder beabachtet sind. Das Departement wird sich demnächst schon in diesem Jahre Greidenerbeiträge abgeben können. Die Arbeit wurde von den Bauern selbst geleistet.

• Jerusalem. Wie amtlich gemeldet wird, kamen bei einem ersten Zusammenstoß zwischen Juden und Arabern 188 Personen zu Schaden. Die Mehrzahl davon ist verwundet. Die Zivil- und Militärbehörden haben die Arbeit in der Stadt.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Die nachfolgende Tabelle befaßt, wieviel Mark 100 Gulden, Kronen, Schweizer und französische Franc sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling wert sind. („Brief“ — angeboten; „Geld“ — gelobt.)

Wäsenplätze	6. 4.		31. 3.		Zust.
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Holland . . . Gulden	2497.50	2502.50	2647	2638	178
Dänemark . . . Kronen	1273.50	1276.50	1313.50	1316.50	112
Schweiz . . . Frank	—	—	1270	—	88
amerika . . . Dollar	—	—	71.90	72.10	40
England . . . Pfund	269.70	270.30	278.70	279.50	200
Frankreich . . . Franc	—	—	472	473	8
Italien . . . Lire	329.65	330.55	344.60	345.40	8

• Berliner Produktentende. Amtlich notierte die Berliner Produktentende am 6. April: Hafer 1000 Kilogramm loco — Tendenz: schwachfallend.

• Rohmaterial sind folgende Preise ermittelt, alle 50 Kilogramm ab Station: Erbsen, Weißerbsen 80—82 Mark, gelbe und grüne Erbsen 80—82 Mark, weiße inländische — Mark, Gelbsen 180—200 Mark, Biergebohnen 180—200 Mark, Wicken 165—180 Mark, Lupinen 95—98 Mark, Seradelle 88—94 Mark, Bohnen, lufe, 60—68 Mark, Stroh, drabgepreßt 90—95 Mark, gebündelt 28—29 Mark, Trockenhefe 90—95 Mark, Barent Steffen 108—112 Mark, Koffee, inländischer, 100 Kilo — Mark, Buchweizen — Mark.

• Übermäßige Preissteigerung für Margarine. anhaltende Preissteigerung auf allen Gebieten hat die Margarineherstellung inzwischen so sehr erhöht, daß die Reichswirtschaftsminister sich gezwungen gesehen hat, am 1. April 1920 den Preis für die im Inland hergestellte Margarine auf 90,75 Mark für das Kilo ab Fabrik zu erhöhen. Begründet wird diese Maßnahme damit, daß Rohstoffe für die deutsche Margarine-Industrie ausschließlich aus dem Auslande eingeführt werden müssen und die Abschlässe in einer Zeit erfolgten, in der der Einkauf der deutschen Valuta wesentlich ungünstiger war als heute. ferner auch die Arbeitslöhne inzwischen erheblich gestiegen seien, sei die genannte Preissteigerung unvermeidlich geworden.

Nahe und Fern.

• Museumsdiebstähle. Die Diebstähle in öffentlichen Gebäuden, besonders in Museen, nehmen einen erschreckenden Umfang an. In den letzten Tagen wurde wieder eine ganze Anzahl von Museumsdiebstählen gemeldet. Das Berliner Kolonialmuseum wurden zwei wertvolle Originalen von Kuhnert, gestohlen. Aus dem sächsischen Museum in Neumünster stahlen Einbrecher kostbare Originalen aus dem 17. und 18. Jahrhundert. Das Provinzialmuseum in Bonn erbeuteten Einbrecher die Dignidde bekannter Meister, römische Schmuckgegenstände, Gold, Bronze und Eisen und 173 mittelalterliche Silbermünzen.

• Ein Millionen-Erbschaftsschwindel ist durch Berliner Kriminalpolizei aufgedeckt worden. Die Schwindlerin eine Frau Ulrich aus Halle und deren Sohn wurden verhaftet. Frau Ulrich hatte von einem Verwandten 100 000 Mark geerbt. Diese Erbschaft hatte sie verkauft, und es auf großem Fuße gelebt, war das Geld bald ausgegeben. Um sich wieder in den Besitz von Geldmitteln für einen kostspieligen Lebensunterhalt zu setzen, kamen sie und ihr Sohn auf den Gedanken, mit Hilfe der noch in ihrem Besitz befindlichen Erbschaftspapiere die Erbschaft noch einmal zu verkaufen. Als ihnen dies geglückt war, legten sie sich auf den Erbschaftsschwindel und leiteten sich so im Laufe der Zeit in den Besitz von über eine Million Mark.

• Für 50 000 Mark Eisbergelbe verhaftet. Die Berliner Kriminalpolizei hat einen Landwirt, der der Provinz nach Berlin gekommen war, um das Eisbergelbe einem Geldkäufer zu verkaufen. Das Eisbergelbe hat schon lange Zeit in seinem Hause versteckt gehalten, und jetzt mit hohem Gewinn an den Mann zu bringen.

Das Epitaphdenkmal von den Franzosen zerstört. Das Denkmal des 1. Hannoverschen Infanterie-Regiments Nr. 74 auf dem Roten Berge bei Spichern ist von den Franzosen in eifriger Weise beschmutzt und zerstört worden. Das Denkmal, eine Steinpyramide, trug das Eiserne Kreuz und die Namen der gefallenen 120 Offiziere, sowie der Unteroffiziere und Mannschaften, von denen das Pflanzbataillon, das am 6. August 1870 den Berg erklimmte, allein 112 verlor.

Hindenburgs Erinnerungen in England. Der Londoner „Daily Telegraph“ hat das Recht zur Veröffentlichung der Kriegserinnerungen Hindenburgs erworben und mit der Veröffentlichung am 1. April begonnen. Die Redaktion bemerkt in einer Einleitung, daß Hindenburg seine Memoiren mit einer wahrhaftig „unbewußten Aufsichtigkeit“ geschrieben habe.

Amerikanisches Milchvieh für Deutschland. Ein alter Weininger, Rudolf Seifert in Chicago, hat sich mit anderen Männern deutscher Abstammung die Aufgabe gestellt, die alte Heimat mit Milchvieh zu versorgen. Er hat sich mit einem Aufruf zur Beschaffung und Schenkung von gutem Milchvieh an die Farmer deutscher Abstammung gewandt, und zwar, nach vorliegenden Nachrichten, mit recht gutem Erfolg. Vieles hat sich die Gesellschaft auf dem Lande an die Spitze der Bewegung gestellt, um den Erfolg in den Gemeinden zu sichern.

Auf dem Riesengebirgsstamm erschossen. Nachdem bereits in der Nähe der Neuen Schlessischen Baude und in der Nähe der Riesengebirgs Baude der deutschböhmischen Grenzdistrikte von tschechischen Grenzwachern erschossen worden sind, hat sich, wie aus Strážberg geschrieben wird, jetzt ein gleicher Vorfall auf der Elbmündung ereignet. Dort wurde der Häusler Vinzenz Brodler aus den Strauß-Bauden, weil er angeblich nicht sofort auf den Anruf stehen blieb, von einer Grenztruppe niedergestreckt. Die Patrouille kümmerte sich nicht mehr um den Schwerverwundeten, der im Schnee hilflos verstarb.

Polnische Flüchtlinge in Berlin. Neue Flüchtlinge werden in Berlin erwartet. Es handelt sich um Arbeiterfamilien, die aus dem besetzten Gebiet im Osten von den Polen ausgewiesen worden sind und sich jetzt in den deutsch gebliebenen Teilen des Reiches neuen Erwerb und eine neue Heimat suchen müssen. Im ganzen sind es etwa 100 000 Familien, die in verschiedenen Konzentrationslagern untergebracht werden sollen; die nach Berlin bestimmten Familien werden eine vorläufige Unterkunft im Lager zu Ruhleben finden.

Das Lichtspielpublikum organisiert sich. Unter dem Namen „Bund der Lichtspielkünstler“ ist in Berlin eine Organisation des Lichtspielpublikums ins Leben gerufen worden. Der Bund will für seine Mitglieder billige Vorstellungen von guten unterhaltenden und belehrenden Filmen in Lichtspieltheatern, im Heim und in Vereinen veranstalten und die Rechte des Publikums gegen die anbauende Verteuerung und übermäßige Besteuerung der Lichtspielvorführungen vertreten. In allen Orten des deutschen Sprachgebietes sollen Ortsgruppen gebildet werden.

Schlussdienst.

Drachnachrichten vom 7. April.

Die Ruhraktion geht weiter.

Berlin. Wie von zuständiger Stelle erklärt wird, erleidet die Aktion im Ruhrgebiet durch das Vorgehen Frankreichs keine Unterbrechung. Neuerdings sind Dortmund, Mülheim, Bottrop und Gelsenkirchen genommen worden, letzteres nach heftigem Kampf. Die Gesamtverluste der Reichswehr belaufen sich bis jetzt auf 170 Tote, 850 Verwundete und 180 Vermisste. Die Rote Armee zieht zum Teil nach Solingen, wo sie von den Engländern entworfen wird.

Deutschlands Protest.

Berlin. Das Reichskabinett trat am Dienstag zu einer Besprechung der durch den Einmarsch der Franzosen geschaffenen Lage zusammen. Das Kabinett verurteilte das französische Vorgehen einmütig und ließ sofort eine Protestnote nach Paris abgehen.

Ein misliebiger englischer Gesandter.

Prag. Der frühere englische Gesandte in Prag, Goslin, war vor einigen Monaten plötzlich abberufen worden und von der Prager Regierung und vom Präsidenten so wenig herzlich verabschiedet worden, daß allerhand Gerüchte umgelaufen waren, er habe mit den Feinden der Republik Beziehungen unterhalten. Diese Gerüchte werden jetzt durch einen Artikel der offiziellen tschecho-slowakischen Korrespondenz behältigt, der von Beziehungen Goslins mit extremen nationalistischen Aristokraten und persönlichen Freunden des gewesenen Kaisers Karl berichtet.

Süher als Zucker.

London. In Baraguan will man eine Pflanze, Stavia Rebadiana, gefunden haben, die einen neuen Süßstoff liefert. Dieser soll 150mal süßer als Zucker und weit billiger als Saccharin sein. Selbst man die Wälder der Pflanze trocken und pulverisiert, verlieren sie nichts von ihrem süßenden Inhalt.

Italien und der französische Einmarsch.

Mailand. „Corriere della Sera“ schreibt zu den Diskussionen über die Ereignisse in Deutschland, die im italienischen Ministerrat stattfanden, daß Italien Frankreich keine diplomatische Unterstützung gewähren werde, wenn Frankreich beschliesse, militärisch vorzugehen. Eine Beteiligung italienischer Truppen an der Besetzung deutscher Städte werde als überflüssig betrachtet.

Die Türken wehren sich.

Moskau. „Messaggero“ erzählt aus Konstantinopel, daß die anatolischen Nationalisten die Konstantinopel proklamieren. Die Nachricht machte in den Ententekreisen großen Eindruck. Sie wird in Zusammenhang gebracht mit der Räteregierung, die eine große Wirkung auf die Zukunft der Türkei haben werde. Salih Pascha habe tatsächlich demissioniert.

Verschiedene Meldungen.

Dona. In der Nacht vom 4. zum 5. April morgens 2 Uf. hat in Holland die Sommerzeit begonnen.

Dona. Die „Nieuwe Courant“ aus Washington meldet, daß der amerikanische Staatssekretär dem britischen Volkswirtschaftlichen Bedauern anlässlich einer Rundreise irischer Frauen vor der britischen Volkswirtschaft zum Ausdruck gebracht.

London. Es sind Schritte zur Gründung einer Bank unternommen worden, die Mittel zur Wiederherstellung des wirtschaftlichen und industriellen Lebens der Zentralmächte beschaffen soll.

London. Die Zahl der zerstörten Polizeistationen in London beträgt nach den letzten Meldungen 168.

Locales und Provinzielles.

Wetterblatt für den 8. April.

Sonnenaufgang 5¹¹ | Mondaufgang 7¹¹ B.
Sonnenuntergang 6¹¹ | Monduntergang 7¹¹ B.
1835 Sprachforscher und Staatsmann Wilhelm v. Humboldt
gest. — 1852 Richter Emil Prinz von Schönaich-Carolath geb.

Keine Wiedereinführung der Sommerzeit. In der Öffentlichkeit sind neuerdings mehrfach Stimmen laut geworden, die sich für die Wiedereinführung der Sommerzeit ausgesprochen haben. Auch bei den zuständigen Stellen des Reiches hat man sich eingehend mit der Frage beschäftigt, ob die die Sommerzeit betreffende Gesetzesvorlage zu erneuern wäre. Bei der Beratung des Gesetzesentwurfs im Jahre 1919 hatte sich gezeigt, daß die trotz mannigfacher wirtschaftlicher und gesundheitlicher Vorteile schon während der Kriegszeit in weiten Kreisen gegen die Sommerzeit erhobenen Bedenken und Widerstände, namentlich in Süddeutschland und in der Landwirtschaft des ganzen Reiches, vielfach auch in der Industrie- und Arbeiterwelt derart gewachsen waren, daß die Vorlage der Regierung in der Nationalversammlung nahezu von allen Parteien mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Daß hierin ein wesentlicher Umschwung eingetreten sein sollte, ist nicht anzunehmen, so daß einer neuen Gesetzesvorlage das gleiche Schicksal beschieden sein dürfte. Gegen die Einführung der Sommerzeit hat sich jedoch inzwischen ein neuer Umstand ergeben. Im besetzten rheinischen Gebiet ist vom 15. März 1920 ab die mit der mitteleuropäischen Zeit übereinstimmende westeuropäische Sommerzeit eingeführt worden, so daß gegenwärtig rechts und links des Rheins Zeitgleichheit besteht. Diese würde wieder durchbrochen werden, wenn Deutschland die mitteleuropäische Sommerzeit einführt, da nicht darauf zu rechnen ist, daß die Besatzungsmächte mit der Einführung der deutschen Sommerzeit im besetzten Gebiet einverstanden sein würden. Die großen Nachteile, die aus einer Zeitdifferenz längs der Rheinlinie erwachsen würden, sprechen entscheidend dafür, von der Einführung der Sommerzeit in diesem Jahre abzusehen.

Zerrissene Geldscheine, auch beschädigte, werden bei der Reichsbank ohne weiteres eingelöst, wenn der eingereichte Teil größer als die Hälfte ist. Scheine, von denen nur die Hälfte oder noch weniger vorgelegt wird, werden nicht ohne weiteres eingelöst, da auch ein fehlender Teil von anderer Seite eingereicht werden kann, die Reichsbank in dem Falle also doppelt bezahle. Unter Umständen werden solche „Stücke“ an das Reichsbankdirektorium oder an die Hauptverwaltung der Darlehnskassen mit einem Antrag auf Ersatz zur Entscheidung eingeleitet.

Bauernregeln für April. Das Wetter im verflohenen Monat März war ungewöhnlich milde. Die Frühjahrsboten der Pflanzen und Tierwelt haben sich fast ein wenig zu früh eingestellt. Im April wünscht sich der Bauer eigentlich keine Fortsetzung dieses Frühjahrswetters. Nur — „Wenn der April Speltakel macht, — Gibt's Heu und Korn in voller Pracht.“ Nun hat ja von altersher der April einen wohlverdienten Ruf dafür, daß er seine Bauern und Läden hat. „Im Monat April — Nach's Wetter, wie's will.“ Dabei jedenfalls das eine gut, daß das sogenannte schöne Wetter keinesfalls gut für die später zu erwartende Reife wäre. „Tödlicher April — Ist nicht des Bauern Will.“ Am Aprilregen — Ist ihm sehr gelegen.“ Natürlich soll es nicht in einer Weile fortgehen; ein bißchen Sonne muß der Abwechslung halber auch dabei sein. Von rechts wegen soll die Sonne gegen Ende April bereits alle Knospen zum Springen verlockt haben. Frühe Blüte vor noch nicht ein Zeichen für frühe Ernte. „Wann am Schlehdorn vor Mai schon Blüte hängt, — Der Roggen schon reife vor Jakob empfängt.“

Wer terder art.

Mäßig kühl, trüb, streifenweise Regen.
Wegengöhe 0,1 Millim.

Turn-Verein Braubach
Heute abend 8 Uhr
Übungsspiel
im Fußball.
KA Seifenpulver
eingetroffen.
Emil Eschenbrenner.

Durch fortgesetzte Steigerung
des Stempelpreises und der sonstigen Bedarfsartikel sind wir genötigt, den

Preis für Brennholz
pro Raummeter mit 6 R. zu berechnen.
Phil. Dreßler. Aug. 2. et.

Holzversteigerung.
Am Dienstag, den 13. Mär., nachm. 4.30 Uhr werden im Rathaussaal zu Braubach aus den Distrikten 59 Buchholz, 61 und 63 Birmenbrach, 64 c Korbach und 65 Mühlberg (Hollerloch) öffentlich meistbietend versteigert:
3 Eichenstämme m. 0,95 m 26 Fichtenstangen 1. Kl.
76 Fichten „ „ 20,72 „ 25 „ „ 2 „ „
2 Km. Fichtenknüppel 150 „ „ 3 „ „
25 Km. Weißbuchen- und 10 „ „ 4 „ „
Eichen-Scheit und Knüppel 10 „ „ 5 „ „
1310 desgleichen Wellen. 20 „ „ 6 „ „
Nach schriftliche Angebote können abgegeben und im Versteigerungstermin berücksichtigt werden.
Wegen Anweisung des Holzes wolle man sich an den Förster Ruppert in Dachshausen wenden.
Braubach, 6. 4. 20 Der Magistrat.

Wichtig.
Alle hier zuziehenden — auch vorübergehend sich hier aufhaltende — Personen haben sich sofort unter Vorlage ihrer Ausweispapiere auf dem Polizeibüro zu melden. In gleicher Weise sind diejenigen, welche solche Personen aufnehmen, zur Anmeldung verpflichtet. Zuwiderhandlung dieser Anordnung zieht härteste Strafen nach sich.
Braubach, den 8. April 1920. Die Polizeiverwaltung.

Mitteilungen des Lebensmittelamts

Brotkarten-Ausgabe

am Freitag den 9. April.
Vorm. von 8—10 Uhr für Buchstaben G—J 3
10—12 „ „ „ 2—5
Nachm. von 2—4 „ „ „ 2—2
4—5,30 „ „ „ 2—6

Der Bedarf an Roggen und Weizen
für die Zeit vom 1. 4. 1920 bis 31. 3. 1921 ist am Freitag gelegentlich der Brotkartenausgabe beim Geflügelbau anzuwenden. Um zuverlässige Angaben machen zu können, wolle man sich vorher die Menge anrechnen.
Der Händler, von dem bezogen werden soll, ist anzugeben. Es kommen in Frage für alle Sorten: Glos, Engel und Chr. Weghardt; nur für Weizen Otto und Emil Eschenbrenner und Karl Reschde.

Rond Milch

wird morgen bei der Brotkartenausgabe an Kinder bis zum 10. Lebensjahre, alte Leute über 65 Jahre und hoffende Frauen mit je 1 Dose zu 2,30 R. ausgegeben. Geld abzählen.

Weißbrotkarten-Ausgabe

morgen (Freitag) in der Reihenfolge der Brotkartenausgabe.

Saatkartoffeln

die im Herbst vorigen Jahres von den Buchstaben G—J bestellt waren, können heute Nachmittag von 1 Uhr ab am Staatsbahnhof abgeholt werden. Vorherige Bezahlung mit 36 R. der Rentner im Lebensmittelbüro.

Schweinefleischverkauf

heute nachmittag von 2 Uhr ab bei Reggermeister Steeg. Preis pro Pfd. 1,2—1,4 R. Familien bis zu 4 Personen 1 Pfd., über 4 Personen 1 einhalb Pfd. Bezahlung bei Steeg. Geld ist abgezählt mitzubringen.

Nummernausgabe von 2 Uhr ab im Lebensmittelbüro für die Buchstaben D—G einzgl.

Am Samstag kommt kein Fleisch zur Verteilung.

Brennholzversteigerung.

Am Freitag den 9. April, vormittags 9 Uhr bei Nr. 1 im Distrikt 56 a Kerkels, an der Straße Braubach—Gins, beginnend, kommen aus den Stadtwaldbezirken 56 a, 57 b Kerkels und 58 a Gebannenberg meistbietend öffentlich zur Versteigerung:

- 8 Eichenstämme mit 2,48 Fhm.
 - 139 Km. Eichenknüppel u. Knüppel 2,20 Mt. l.
 - 66 „ „ Weizenknüppel (für Pfahlpfahl geeignet)
 - 3 Buchenstämme mit 4,68 Fhm.
 - ca. 170 Km. Buchenknüppel
 - 21 „ „ Knüppel
 - 15 „ „ Weizenknüppel
 - ca. 1000 Buchenwellen
 - 3 Fich entpangen 1. Kl., 1 Fichtenstange 3. Kl.
- Händler und Kaufwärtige sind ausgeschlossen.
Braubach, den 6. April 1920. Der Magistrat.

Ein französisch: Sergeant hat am Montag Abend sein Portemonnaie mit Geld und Legimationspapieren verloren. Er zahlt 100 M. demjenigen, welcher die verlorenen Gegenstände im Polizeibüro abliefern.
Braubach, 8. April 1920. Der Bürgermeister.

Ordnung für die Erhebung von Zuschlägen zur Grunderwerbsteuer.

Auf Grund des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 23. Dezember 1919 wird in Gemäßheit des § 84 des Grunderwerbsteuergesetzes — unter Vorbehalt der vorgezeichneten Genehmigung — wegen Erhebung von Zuschlägen zur Grunderwerbsteuer das Nachstehende festgesetzt:

- § 1. Zu den auf Grund des Reichsgesetzes vom 12. Sept. 1919 (R. G. Bl. S. 1627) zur Erhebung gelangenden Grunderwerbsteuer wird für Rechnung der Stadt Braubach ein Zuschlag von 1 v. H. des nach § 11—14 des Reichsgesetzes der Besteuerung zu Grunde gelegten Wertes der Grundstücke, soweit diese im Stadtbezirk Braubach liegen, erhoben.
- § 2. Wird für dasselbe steuerpflichtige Rechtsgeschäft auch seitens des Kreises ein Zuschlag zur Grunderwerbsteuer erhoben, so ermäßigt sich der für Rechnung der Stadt Braubach zu erhebende Zuschlag (§ 1) auf 2/3 v. H. des steuerbaren Grundstückswertes.
- § 3. Die Zuschlagssteuer ist innerhalb 4 Wochen nach Anforderung durch den Magistrat an die Stadtklasse zu entrichten. Nach vergeblicher Aufforderung zur Zahlung erfolgt die Einziehung im Verwaltungszwangsverfahren.
- § 4. Die Zuschläge werden rückwirkend vom 1. Okt. 1919 ab für alle seit diesem Tage eingetretenen Grunderwerbsteuerpflichtigen Rechtsgänge erhoben. Die Umsatzsteuerordnung vom 31. Dez. 1906 ist mit Wirkung vom gleichen Tage ab außer Kraft.

Braubach, 28. Dez. 1919. Der Magistrat.
Vorstehender Beschluß der städtischen Körperschaften vom 23. Dez. 1919 wird hierdurch auf Grund des Erlasses der Herren Minister des Innern und der Finanzen vom 20. Okt. 1919 (Reg.-Amtsbl. S. 335) für die Dauer eines Jahres genehmigt.
Weisbaden, 29. März 1920.
2. S. Der Regierungs-Präsident.

